

BiB. Jahresbericht 2024

Impressum

Herausgeber:

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611-75 2235
E-Mail: post@bib.bund.de

Redaktion:

Christian Fiedler, Esther Dopheide (mit Unterstützung von Leonie Kleinschroth, Detlev Lück, Sabine Diabaté, Malin Mahlbacher, Frank Micheel, Katja Patzwaldt, Heiko Rüger, Andreas Ette, C. Katharina Spieß, Leonie Weber, Ulrich Weih, Ronny Westerman, Elena Ziege, Sophie Straub, Laura Brockschmidt, Anna Dechant, Heike Bauer)

Gestaltung:

Ulrike Brunner

Lektorat:

Britta Müller

Druck

www.wir-machen-druck.de, WIRmachenDRUCK GmbH

Erschienen:

März 2025

urn:nbn:de:bib-jb-2025-014

Bildnachweise

Bundesfoto/Zöhre Kurc (S. 23)
Christian Fiedler (S. 18, 19, 21, 22)
Inga Laß (S. 25)
Paul-Peter Weiler (S. 5, 9, 17, 18, 19)
privat (S. 21, 22, 25, 26)

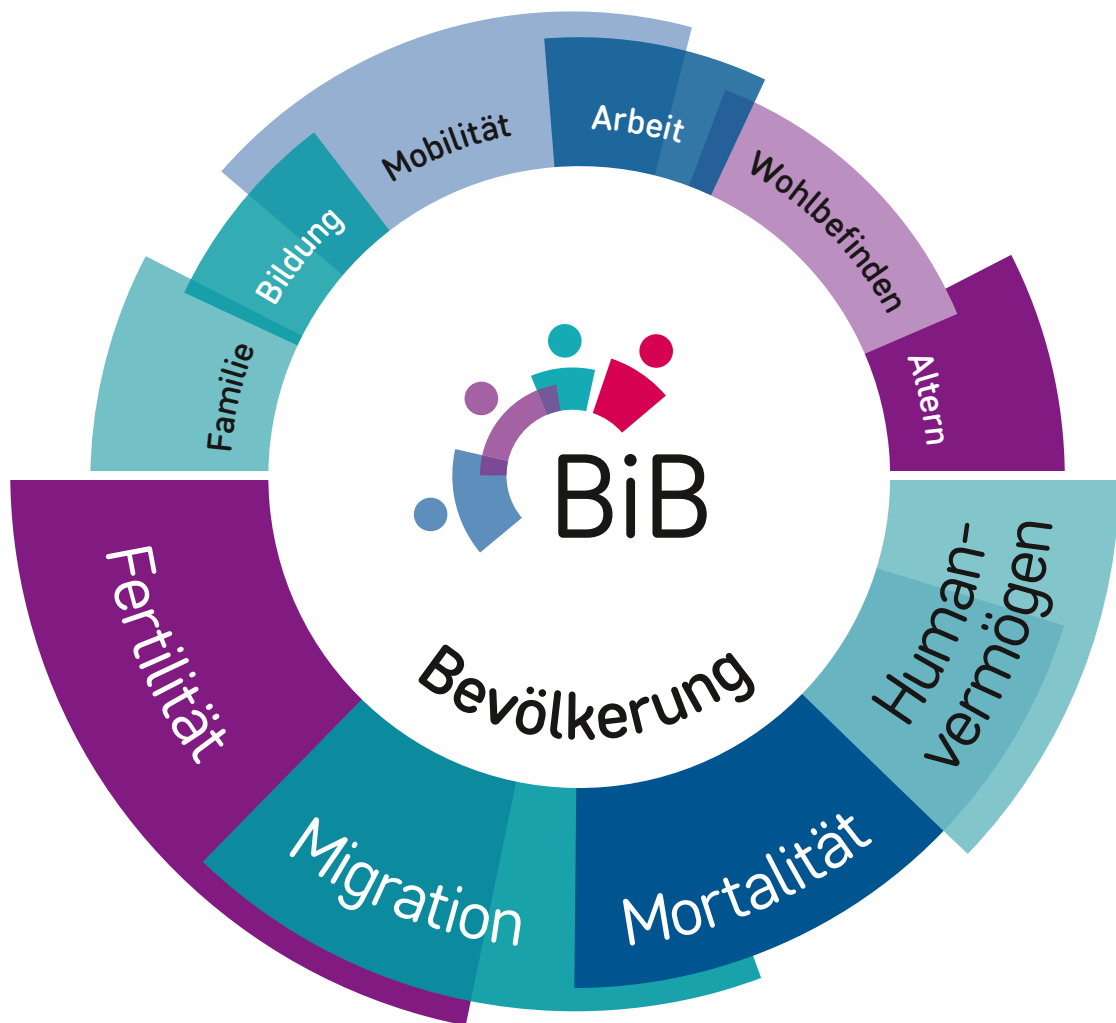
Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung – auch auszugsweise – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB).



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) ist
eine Forschungseinrichtung im Geschäftsbereich des BMI.

JAHRESBERICHT 2024





Inhalt

Vorwort Direktorin	5
FReDA wird erwachsen	6
„Rushhour“ entzerren: Gewinn für Eltern und Arbeitsmarkt	8
Umzug oder Pendeln beim Jobwechsel?	9
Ukrainische Schutzsuchende: Folgen für den Arbeitsmarkt	10
Pyramiden der Vielfalt	11
Regionale Unterschiede in der Lebenszufriedenheit in Deutschland	12
Chancen und Herausforderungen: Mütter mit Zuwanderungsgeschichte	14
Übersterblichkeit während der Coronapandemie	16
Freiwilliges Ehrenamt im Alter	17
Ausgewählte Publikationen	18
Forschung adressengerecht vermitteln	20
Kurzberichte aus dem BiB	22
Vernetzung	24



Vorwort Direktorin

Liebe Leserinnen und Leser,

eine zentrale Prämisse unserer Forschungsarbeiten ist die gesellschaftliche Relevanz der Themen und ihre Anschlussfähigkeit für die Politikberatung. In einer Zeit, in der wissenschaftsbasierte Entscheidungen von besonderer Bedeutung sind, haben wir es im letzten Jahr wieder geschafft, unsere Forschungsergebnisse in den politischen Diskurs einzubringen. So konnten wir mit unseren Studien zur Einsamkeit, zur Lebenserwartung oder zum Wohlbefinden in Deutschland, um nur einige zu nennen, Entscheidungsträger auf nationaler wie internationaler Ebene erreichen und nachhaltige Impulse setzen.

Stellvertretend für die vielen gelungenen Projekte möchte ich dies am Beispiel unserer Ukraine-Studie aufzeigen: Seit Beginn des russischen Angriffskriegs befragen wir in regelmäßigen Abständen ukrainische Schutzsuchende zu ihren Lebensumständen in Deutschland. Mit diesen Informationen erhalten wir wichtige Erkenntnisse zur Arbeitsmarktintegration, zu Bleibeabsichten oder zur psychischen Gesundheit. Wir können zudem die spezifische Situation der vielen Mütter untersuchen, die mit ihren Kindern in Deutschland Schutz suchen. Diese Informationen stellen wir der Politik als Grundlage für Entscheidungen sehr kurzfristig zur Verfügung. Auch die mediale Öffentlichkeit hat unsere Ergebnisse rege aufgegriffen.

Eine sehr erfreuliche Entwicklung zeichnete sich im letzten Jahr beim familiendemografischen Panel FReDA ab. Zum Ende der Anschubfinanzierung führten externe Gutachterinnen und Gutachter eine Evaluation des Projekts durch. In ihrem Abschlussbericht empfahlen sie, FReDA fortzuführen und ebneten somit den Weg für eine Verstetigung. Zum Jahresbeginn 2025 ist es so weit: Das BiB hat nun die Mittel, um FReDA mit unseren Partnern von GESIS dauerhaft fortzusetzen. Damit ist die qualitativ hochwertige Forschung zur Lebenssituation, zur Lebenszufriedenheit und zu den Wertvorstellungen von Personen im jungen und mittleren Erwachsenenalter für die Zukunft sichergestellt.

Mit Blick auf das Jahr 2025 bleiben wir unserem Auftrag treu: Wissenschaftliche Exzellenz und gesellschaftliche Verantwortung durch eine hochwertige Politikberatung in Einklang zu bringen – das ist unser Beitrag, um den drängenden Problemen, die mit dem demografischen Wandel und vielem mehr verbunden sind, zu begegnen.

In diesem Sinne lade ich Sie herzlich ein, im folgenden Bericht die vielfältigen Facetten unserer Arbeit und die gemeinsamen Erfolge des letzten Jahres zu entdecken.

Ihre C. Katharina Spieß

Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB)

FReDA wird erwachsen

Fünf Jahre nach seiner Implementierung tritt das großangelegte Dateninfrastrukturprojekt FReDA in eine neue Phase: Seit dem 1. Januar 2025 kann FReDA als eigenfinanzierte Datenerhebung des BiB nun auf Dauer betrieben werden. Dem BiB ist es in Kooperation mit GESIS gelungen, das Dateninfrastrukturprojekt langfristig weiterzuentwickeln. Vorausgegangen war eine umfassende Evaluation von externen Gutachterinnen und Gutachtern. In seinem Abschlussbericht empfahl das Expertengremium eine Verstetigung des Projekts.

Infolgedessen hat das BMI den Forschungsetat des BiB aufgestockt.

Dies bietet den beteiligten Institutionen sowie allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine langfristige Forschungsperspektive – und lässt zukünftig weitere wertvolle Befunde erwarten.

„
Diese Langzeitstudie ist für das politische Handeln als auch für die Wissenschaft von großem Wert.“

“

In FReDA werden zweimal im Jahr etwa 30.000 Erwachsene im Alter zwischen 18 und 55

Jahren zu Themen rund um Familie, Partnerschaft und Elternschaft befragt. Die Studie liefert regelmäßig wichtige und aktuelle Informationen über die Lebenswirklichkeit von Menschen im jungen und mittleren Erwachsenenalter. Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Schirmherrin des Datenprojekts, betonte anlässlich der Verstetigung von FReDA die Bedeutung der gewonnenen Daten für Wissenschaft und Politik: „Dies hilft uns bei Maßnahmen zur Stärkung von Familien und des gesellschaftlichen Zusammenhalts insgesamt. Deshalb ist diese Langzeitstudie sowohl für das politische Handeln als auch für die Wissenschaft von großem Wert.“

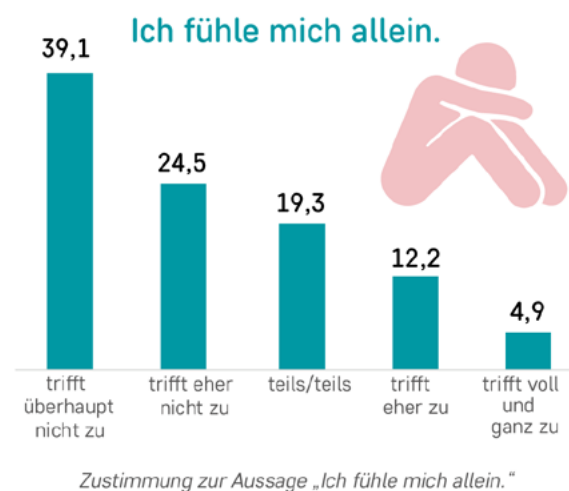
Projektleiter Prof. Dr. Martin Bujard hebt zudem die Chancen hervor, die sich für die Forschung durch die Vergleichbarkeit der Daten mit dem internationalen Umfeld ergeben: „Demografische Veränderungen wie der gegenwärtige Geburtenrückgang und Familiendynamiken sind Phänomene, die nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Daher arbeiten wir eng mit über

20 internationalen Partnern zusammen, so dass ein Vergleich Deutschlands mit anderen Ländern ermöglicht wird.“

FReDA zeigt: Viele Menschen fühlen sich in Deutschland einsam

Ein Beispiel für die große Bedeutung der aus FReDA gewonnenen Ergebnisse ist der Policy Brief, der im Mai 2024 veröffentlicht wurde und breite mediale Aufmerksamkeit erhielt. Dieser griff die Problematik der Einsamkeit auf und belegt eindrucksvoll, wie weit diese in Deutschland verbreitet ist. Demnach bedeutet Einsamkeit zunächst erheblichen sozialen Stress für die Betroffenen, vor allem, wenn sie über einen längeren Zeitraum anhält. Sie kann als schmerzhaftes Gefühl beschrieben werden, das aus einer wahrgenommenen Diskrepanz zwischen gewünschten und tatsächlich vorhandenen sozialen Beziehungen entsteht. Messungen zur Einsamkeit mit dem familiendemografischen Panel

Abb. 1: Einsamkeit, Einzel-Item-Messung, Verteilung in %

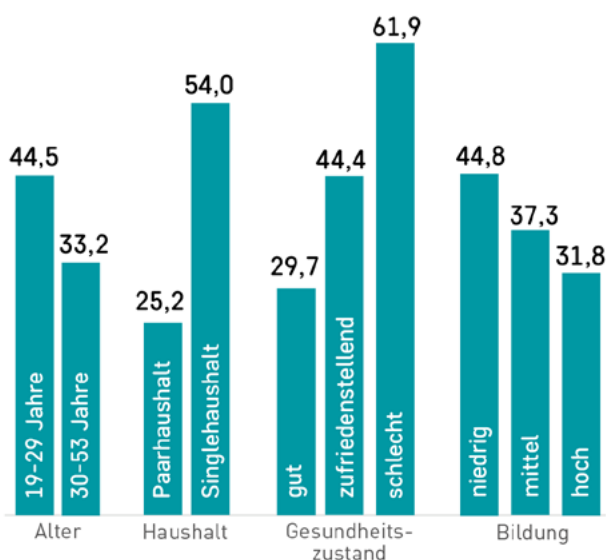


Quelle: FReDA 2022, W2B, eigene Analysen, gewichtet. N=18.027

zeigen eine Tendenz zur Chronifizierung der Einsamkeit. Über ein Drittel der Befragten (36,4 %) gibt im Winter 2022/23 an, sich mindestens teilweise allein zu fühlen – ein vergleichsweise hoher Wert, wenn man bedenkt, dass diese Befragung nach dem Ende aller pandemiebedingten Einschränkungen durchgeführt wurde. Frauen fühlen sich mit 37,8 % etwas häufiger einsam als

Männer (34,8 %). Finanzielle Engpässe, keine deutsche Staatsangehörigkeit und das Leben ohne Partnerin oder Partner sowie eine niedrige formale Bildung sind starke Prädiktoren für Einsamkeit.

Abb. 2: Einsamkeit nach sozialstrukturellen Merkmalen, Verteilung in %



Quelle: FReDA policy brief 2024

Ein schlechter allgemeiner Gesundheitszustand geht oft mit Einsamkeit einher: 62 % der Betroffenen berichten, sich allein zu fühlen. Auch Personen mit zufriedenstellendem Gesundheitszustand sind zu

44,3 % von Einsamkeit betroffen, während Menschen mit gutem Gesundheitszustand nur zu 29,7 % einsam sind. Darüber hinaus scheint sich unter den jungen Erwachsenen eine neue Risikogruppe gebildet zu haben. Personen zwischen 19 und 29 Jahren sind signifikant häufiger einsam (44,5 %) als die Altersgruppen zwischen 30 und 52 Jahren (34,6 bzw. 31,9 %).

Daten stehen der gesamten Forschungsgemeinschaft zur Verfügung

Forscherinnen und Forscher, die mit den Daten wissenschaftlich arbeiten möchten, können die Datensätze bei GESIS kostenfrei beantragen. Gegenwärtig stehen die Daten der ersten beiden Wellen (2021 und 2022) als Scientific Use Files zur Verfügung. Dies hat dazu geführt, dass zahlreiche neue Publikationen entstanden sind. Für die Lehre sind Daten mit einem höheren Anonymisierungsgrad als Campus Use File (CUF) zugänglich gemacht worden. Seit Ende 2024 gibt es auch einen Restricted Use File (RUF) mit detaillierteren Informationen, die den Anonymisierungsgrad verringern und daher nur an speziellen überwachten Arbeitsplätzen bei GESIS und am BiB ausgewertet werden können. Des Weiteren lassen sich die Daten des deutschen Generations and Gender Survey (GGS) beziehen und mit denen anderer Länder vergleichend auswerten. Die Zahl der Datennutzenden liegt gegenwärtig bei rund 500 mit steigender Tendenz und soll durch die aktuell veröffentlichten Datenprodukte auch weiterhin deutlich wachsen.

FReDA ist eine Kooperation des BiB mit GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim. Bis 2024 war auch die Universität zu Köln an FReDA beteiligt, die das Konsortium der Vorgängerstudie pairfam repräsentierte. Sowohl pairfam als auch die deutschen Erhebungen des Generations and Gender Survey (GGS) sind in FReDA integriert. In FReDA werden zweimal im Jahr etwa 30.000 Erwachsene mittleren Alters befragt. Die Befragten werden eingeladen, den Fragebogen selbständig auszufüllen. Die meisten tun dies online in einem Web-Fragebogen. Alternativ kommen auch postalisch verschickte Papierfragebögen zum Einsatz. Die Befragungen im Frühjahr und im Herbst werden als Teilwellen bezeichnet und ergänzen sich jeweils zu einer Welle. Die Wellen 1 (2021), 4 (2024) und 7 (2027) erheben den deutschen Generations and Gender Survey (GGS) und verwenden dazu einen international abgestimmten Fragebogen, der auch in rund 20 anderen Ländern zum Einsatz kommt.

www.freda-panel.de

Publikation:

Diabaté, Sabine; Frembs, Lena C.; Kaiser, Till; Bujard, Martin (Hrsg.) 2024: Einsamkeit im jüngeren und mittleren Erwachsenenalter angestiegen. Wer ist betroffen und wie hat sich das Einsamkeitsempfinden entwickelt? FReDA Policy Brief, Mai 2024.

„Rushhour“ entzerren: Gewinn für Eltern und Arbeitsmarkt

Die zeitliche Belastung von Eltern durch Beruf, Betreuung- und Hausarbeit ist dann am höchsten, wenn die Kinder klein sind. In dieser Phase, der „Rushhour des Lebens“, beträgt der gesamte Zeitaufwand rund 65 Stunden in der Woche. Dieser geht zurück, wenn die Kinder älter werden. Die Geschlechter sind zwar in gleichem zeitlichem Umfang eingespannt, doch überwiegt bei Vätern die Erwerbsarbeit, bei Müttern die Carearbeit. Eltern in Deutschland praktizieren also eine eher klassische Rollenverteilung. Studien belegen aber, dass die Einstellungen zur Arbeitsteilung in der Familie während der letzten Jahre deutlich egalitärer geworden sind. Die Diskrepanz zwischen den egalitären Einstellungen und der tatsächlichen Arbeitsteilung gab den Anlass für eine neue Forschungsfrage auf Basis des familiendemografischen Panels FReDA: Welche Arbeitszeiten sehen die Befragten für Eltern mit Kindern in verschiedenen Altersstufen als ideal an?

Ideale und tatsächliche Arbeitszeit liegen weit auseinander

Das Ergebnis: Ist das jüngste Kind zwei Jahre alt, werden durchschnittlich 21 Stunden Erwerbsarbeit für Mütter als ideal angesehen, bei Achtjährigen sind es bereits 30 Stunden – der Anstieg des idealen Erwerbsumfangs korreliert also mit dem Rückgang der Fürsorgearbeit. Für Väter hingegen werden 34 bzw. 36 Wochenstunden als ideal erachtet, wenn das jüngste Kind zwei bzw. vier Jahre alt ist.

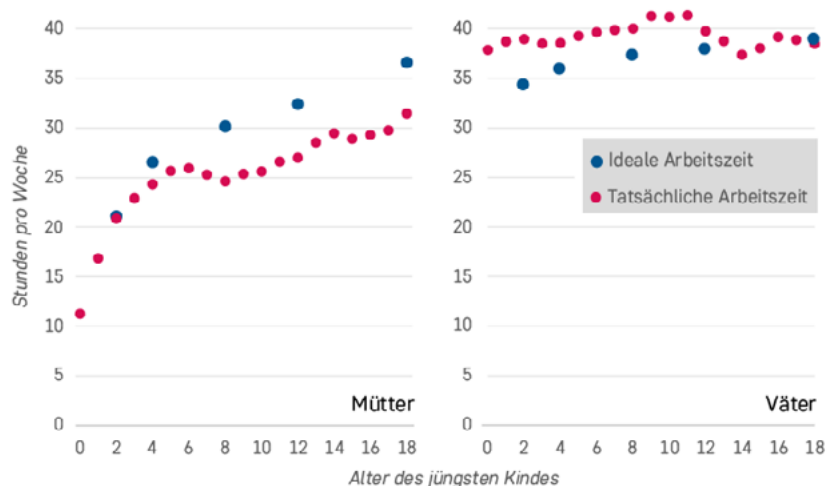
Stellt man die Idealvorstellungen der befragten Personen dem tatsächlichen Erwerbsumfang der Eltern gegenüber, ergeben sich für Mütter während und nach der Rushhour des Lebens starke Abweichungen: Demnach liegen die idealen Arbeitszeiten stets über den tatsächlich geleisteten, bei achtjährigen Kindern etwa beträgt die Diskrepanz sechs Stunden. Für Väter werden hingegen weniger Erwerbsstunden als ideal angesehen als sie tatsächlich leisten, vor allem in der Rushhour des Lebens: Bei zweijährigen Kindern beträgt die Differenz fünf Stunden pro Woche.

Passung könnte Erwerbsumfang steigern

In Anbetracht dieser Abweichungen stellt sich die Frage, was passieren würde, wenn Eltern entsprechend der Idealvorstellungen arbeiteten? Väter mit kleineren Kindern würden weniger Stunden arbeiten, sie hätten mehr Zeit für die Familie und entlasteten damit ihre Partnerinnen. Dies könnte die Rushhour des Lebens entzerren. Mütter von Schulkindern könnten sich beruflich stärker engagieren und damit ihre Einkommens- und Karriereperspektiven verbessern. Auch für den Arbeitsmarkt hätte die bessere Passung Auswirkungen: Die Mehrarbeit von Müttern würde rund 645.000 Vollzeitäquivalenten entsprechen, während bei den Männern 320.000 wegfielen. In der Summe ergäben sich 325.000 zusätzliche Vollzeitäquivalente.

Eine stärkere Anpassung der elterlichen Erwerbszeiten an die unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnisse im Familienzyklus könnte nicht nur die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Carearbeit sowie die Lebensqualität von Familien verbessern – sie hätte auch positive Effekte für den Arbeitsmarkt.

Abb. 3: Diskrepanz zwischen idealer und tatsächlicher Arbeitszeit bei Müttern und Vätern



Datenquelle: FReDA-Welle 1, gewichtete Daten. Tatsächliche Arbeitszeit ist geglättet (drei Jahre).

Umzug oder Pendeln beim Jobwechsel?

Herr Dr. Rüger, was war das zentrale Ziel Ihrer Studie?

Wir wollten herausfinden, unter welchen Bedingungen Menschen bei einem Jobwechsel entscheiden, ob sie täglich pendeln, wöchentlich pendeln oder sogar umziehen. Dabei haben wir Daten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) der Jahre 2001 bis 2019 ausgewertet.

Was ist der wichtigste Faktor, der die Wahl der Mobilitätsform beeinflusst?

Der entscheidende Faktor ist die Distanz zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Unsere Ergebnisse zeigen, dass bei kürzeren Entfernungen das tägliche Pendeln die bevorzugte Option ist. Diese Präferenz nimmt jedoch stark ab, sobald die Distanz wächst. Ab etwa 150 Kilometern wird tägliches Pendeln selten gewählt – die meisten entscheiden sich in diesem Fall für Wochenpendeln oder einen Umzug.

Können Sie ein konkretes Beispiel nennen?

Sehr gerne: Bei einer Entfernung von 50 bis 100 Kilometern entscheiden sich etwa 86 Prozent für das tägliche Pendeln. Liegt die Distanz jedoch zwischen 150 und 200 Kilometern, pendeln nur noch 9 Prozent täglich. In diesen Fällen wird häufiger ein Zweitwohnsitz in Arbeitsplatznähe eingerichtet, um nur am Wochenende nach Hause zu pendeln, oder es erfolgt ein Wohnortwechsel.

Welche Faktoren spielen noch eine Rolle?

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das, was wir als „ortspezifisches Kapital“ bezeichnen. Das sind Bindungen an den Wohnort, wie Wohneigentum, berufstätige Partnerinnen und Partner, schulpflichtige Kinder oder ein soziales Umfeld. Menschen mit hohem ortsspezifischem Kapital sind weniger bereit umzuziehen und neigen eher

”

Unternehmen und Politik sollten auf die Mobilitätsbedürfnisse der Beschäftigten eingehen, insbesondere von Eltern. “



zum Pendeln – häufig sogar zum Wochenpendeln, wenn die Distanz groß ist.

Gibt es dabei auch Nachteile?

Wochenpendeln ist mit sogenannten „Abwesenheitskosten“ verbunden. Das bedeutet, dass Pendlerinnen und Pendler während der Arbeitswoche von ihrer Familie getrennt sind. Vor allem Eltern schulpflichtiger Kinder bevorzugen daher oft tägliches Pendeln, selbst wenn die Strecke sehr lang ist, um die Zeit mit der Familie nicht zu stark einzuschränken.

Welche Rolle spielt Homeoffice?

Unsere Daten stammen aus der Zeit vor der Coronapandemie. Seitdem hat Homeoffice an Bedeutung gewonnen, und hybride Arbeitsmodelle könnten die Rolle der Distanz bei Mobilitätsentscheidungen in Zukunft verringern. Allerdings fehlen hierzu noch langfristige Untersuchungen. Wir sehen hier einen klaren Forschungsbedarf, um diese Entwicklungen besser zu verstehen.

Welche Empfehlungen leiten Sie ab?

Flexible Arbeitszeiten, Homeoffice-Optionen und andere unterstützende Maßnahmen können helfen, die Belastungen durch lange Arbeitswege zu verringern. So ließe sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig verbessern. Wir empfehlen, dass Unternehmen und Politik die Mobilitätsbedürfnisse von Beschäftigten, insbesondere von Eltern, stärker berücksichtigen.

Publikation:

Skora, Thomas; Petzold, Knut; Rüger, Heiko (2024): Migration, daily commuting, or second residence? The role of location-specific capital and distance to workplace in regional mobility decisions. *Demographic Research* 50(33): 967–1004.

➔ <https://doi.org/10.4054/DemRes.2024.50.33>

Ukrainische Schutzsuchende: Folgen für den Arbeitsmarkt

In Deutschland leben etwa 1,1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor dem russischen Angriffskrieg aus ihrer Heimat geflohen sind. Ihre Integration in den deutschen Arbeitsmarkt ist für ihre eigene Zukunft von zentraler Bedeutung. Sie kann aber auch ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels in Deutschland sein. Mit Hilfe des BiB/FReDA-Panels hat ein Team von Forschenden die aus der Ukraine stammenden Schutzsuchenden zum vierten Mal zu ihrer Arbeitsmarktsituation befragt – mit durchaus überraschenden Erkenntnissen.

Potenziale für Engpassberufe

Etwa 50 Prozent der ukrainischen Geflüchteten bringen Berufserfahrungen aus Engpassberufen wie Pflege, Gesundheit und Handwerk mit. „Diese Bereiche sind in Deutschland besonders vom Fachkräftemangel betroffen“, erklärt Dr. Andreas Ette, Leiter der Forschungsgruppe Migration am BiB. Obwohl es zahlreiche offene Stellen in diesen Berufen gibt, sind die Schutzsuchenden hier zu einem geringeren Anteil tätig, da oftmals hohe Sprachanforderungen und komplizierte Anerkennungsverfahren den Einstieg erschweren. Während Vermittlungen im IT-Bereich besser gelingen, bleibt insbesondere der Gesundheitssektor unterrepräsentiert.

Qualifizierung und Kinderbetreuung

Trotz steigender Erwerbstätigkeit suchen weiterhin 30 Prozent der Schutzsuchenden aktiv Arbeit. Vor allem die Betreuung kleiner Kinder und fehlende Qualifikationen erschweren den Einstieg. Besonders Frauen sind betroffen: Mütter mit kleinen Kindern haben eine Erwerbstätigenquote von 22 Prozent, Mütter schulpflichtiger Kinder von 32 Prozent. Bei Vätern mit minderjährigen Kindern liegt sie hingegen bei 41 Prozent. „Für Männer zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und ihrer familiären Situation“, so Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Direktorin des BiB.

”
Etwa 50 Prozent der ukrainischen Schutzsuchenden verfügen über Erfahrungen in Berufen, die in Deutschland durch einen Mangel an Fachkräften gekennzeichnet sind.“

Sprache als Schlüsselqualifikation

Hauptgrund für Nichterwerbstätigkeit sind fehlende Deutschkenntnisse. 92 Prozent der nicht arbeitssuchenden Schutzsuchenden besuchen Sprachkurse oder beherrschen die Sprache noch nicht ausreichend. Zusätzlich erschweren Kinderbetreuung und Pflege (37 Prozent) die Jobsuche. Die gezielte Förderung im Bereich der Sprachkenntnisse, aber auch eine größere Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes, sehen die Autorinnen und Autoren der Studie deshalb als eine wichtige Stellschraube für eine bessere Erwerbsbeteiligung. Nach Abschluss der Kurse könnten weitere Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Vergleichsweise schnelle Integration

Im Vergleich zu anderen Geflüchteten Gruppen gelingt die Arbeitsmarktintegration ukrainischer Schutzsuchender besser. Gründe sind ihr hohes Bildungsniveau, ein erleichteter Arbeitsmarktzugang und schnelle Fortschritte in der deutschen Sprache. Hindernisse bleiben jedoch bestehen: geringere Erwerbchancen älterer Personen, gesundheitliche Einschränkungen, wirtschaftliche Unsicherheiten und langwierige Anerkennungsverfahren. Trotz dieser Herausforderungen zeigt sich ein positives Gesamtbild: Die Integration ukrainischer Schutzsuchender verläuft mittlerweile schneller als in den Jahren davor und verspricht weiteres Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt.

Ein Jahr nach Start des Jobturbo für Geflüchtete durch die Bundesagentur für Arbeit konnten diese Befunde auf Einladung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration am 30. September 2024 im Bundeskanzleramt vorgestellt werden.

Pyramiden der Vielfalt: Unterschiede und Gemeinsamkeiten einer diversen Bevölkerung

In Deutschland leben etwa 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – das sind rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Eine neue Publikation beschäftigt sich mit der Zusammensetzung dieser Gruppe und greift dabei auf eine bewährte Darstellungsform mittels sogenannter „Bevölkerungspyramiden“ zurück. Diese bieten graphisch anschauliche Einblicke, wie sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den letzten zwei Jahrzehnten verändert hat und sich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Entlang von ausgewählten sozialstrukturellen Indikatoren, wie Herkunft, Staatsangehörigkeit, Bildungsabschluss, Erwerbsbeteiligung oder Einkommen, bieten sich differenzierte Perspektiven der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht.

Bildung und frühkindliche Förderung als Hebel für Integration

Zuwanderung aus dem Ausland hat die Bevölkerung in Deutschland vielfältiger gemacht. Aus den dargestellten Abbildungen geht hervor, in welchen Bereichen sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ähneln bzw. unterscheiden. Schon bei der frühkindlichen Betreuung gibt es deutliche Unterschiede: 2022 hatten 42 Prozent der Kinder unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund. Dennoch nutzen Kinder mit Migrationshintergrund Kitas und andere Betreuungseinrichtungen seltener als Kinder ohne Migrationshintergrund, besonders in den ersten drei Lebensjahren. Dabei ist die frühkindliche Bildung entscheidend für den Erwerb der deutschen Sprache und die Integration. In den letzten Jahren haben sich Fortschritte gezeigt: Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ein Gymnasium besuchen oder ein Studium aufnehmen, ist gestiegen. Dennoch erreichen sie im Durchschnitt noch nicht das Bildungsniveau von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Chancen für den Arbeitsmarkt

Die berufliche Qualifikation ist ein zentraler Faktor für gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsbeteiligung. Eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt ist besonders wichtig, da in den kommenden Jahren viele Erwerbstätige der Babyboomer-Generation in Rente gehen. Die Daten zeigen, dass der Anteil akademisch ausgebildeter Personen mit Migrationshintergrund fast das Niveau der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erreicht hat. Gleichzeitig gibt es jedoch auch einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Menschen ohne Berufsabschluss. Besonders Frauen mit Migrationshintergrund sind häufig nicht erwerbstätig, da sie stärker in die Betreuung von Kindern und Angehörigen eingebunden sind. Eine bessere Nutzung von Kitas und Betreuungseinrichtungen könnte ihre Situation verbessern und die Erwerbsbeteiligung erhöhen.

Die in der Publikation abgebildeten Pyramiden liefern wichtige Erkenntnisse zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland. Sie zeigen auf, wie Migration die Alterung der Gesellschaft abmildern und den Arbeitsmarkt stärken kann. Gleichzeitig werden aber auch die bestehenden Herausforderungen adressiert: Um die Potenziale voll auszuschöpfen, braucht es Investitionen in Bildung, in Spracherwerb und in Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine bessere Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen.



<https://www.bib.bund.de/Publikation/2024/Die-Bevoelkerung-mit-Migrationshintergrund-neu-entdecken.html>

Regionale Unterschiede in der Lebenszufriedenheit in Deutschland



Regionale Disparitäten in der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit sind nicht unbekannt. Weniger erforscht ist jedoch die Frage, in welchen Gegenden besonders viele wenig Zufriedene und wo besonders viele sehr Zufriedene leben? Der zweite BiB.Monitor Wohlbefinden geht diesen Fragen anhand der Daten des Familiendemografischen Panels

(FReDA) sowie des Survey of Health, Ageing, and Retirement in Europe (SHARE) aus dem Jahr 2022 nach.

Im Gegensatz zu Messungen von aktuellen Stimmungen in der Bevölkerung bildet die allgemeine Lebenszufriedenheit ein Langzeitempfinden der individuellen Lebenssituation ab. Das Wissen um regionale Unterschiede im Wohlbefinden ist von zentraler Bedeutung für gezielte politische Maßnahmen. Die regional differenzierte Analyse von Unterschieden im Wohlbefinden kann vor diesem Hintergrund Hinweise darauf geben, in welchen Regionen Menschen ihre Lebensbedingungen als besonders vorteilhaft oder nachteilig empfinden. Subjektives Wohlbefinden ist allerdings nicht nur von der Region abhängig, sondern fällt mit vielen individuellen sozioökonomischen und demografischen Merkmalen zusammen, wie z. B. dem durchschnittlichen Einkommen, der Gesundheit und dem sozialen Zusammenhalt. Der BiB.Monitor betrachtet sogenannte unbereinigte und bereinigte Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden.

Große Unterschiede in ländlichen Regionen Ostdeutschlands

In öffentlichen Diskussionen wird häufig auf die besondere Situation in ländlichen Regionen Ostdeutschlands hingewiesen – das wurde im aktuellen BiB.Monitor Wohlbefinden aufgegriffen. Während für Westdeutschland die Unterschiede zwischen verschiedenen Raumtypen eher gering ausfallen, sind sie innerhalb

der ländlichen Regionen Ostdeutschlands besonders ausgeprägt. Diese Regionen sind im Vergleich zu allen anderen Regionen (in West- und Ostdeutschland) mit einigem Abstand sozioökonomisch am schlechtesten aufgestellt. Im Osten geht diese Benachteiligung mit höheren Anteilen wenig Zufriedener einher. Vor allem die Bevölkerung in Mittelstädten bzw. in städtischen Räumen einer ländlichen Region im Osten hat mit 6,2 Punkten (gemessen auf einer Skala von 0 bis 10) eine statistisch signifikant geringere Lebenszufriedenheit als die übrige Bevölkerung.

Sozioökonomische Verhältnisse spielen wichtige Rolle

Auch differenziert nach Bundesländern bestätigt sich dieser Zusammenhang: So hat die Bevölkerung in Bundesländern mit der ungünstigsten sozioökonomischen Lage – Sachsen-Anhalt und Saarland – die durchschnittlich geringste Lebenszufriedenheit. Dagegen weisen Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg eine besonders hohe durchschnittliche Lebenszufriedenheit auf, analog zu ihrer guten regionalen sozioökonomischen Situation. Jedoch ist der Zusammenhang nicht immer so eindeutig. So liegen die Gemeinden in Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Bremen sozioökonomisch im Mittelfeld, die Bevölkerung ist dort aber im Mittel besonders zufrieden.

Zusammenhang von Wohnumfeldqualität und Lebenszufriedenheit

Der Grünflächenanteil und die Feinstaubbelastung stehen ebenfalls mit der Lebenszufriedenheit im Zusammenhang. In Wohnumgebungen in Metropolen mit wenig Grün findet sich ein höherer Anteil wenig Zufriedener (32 Prozent), während die Bevölkerung in Regionen mit hohem Grünanteil seltener wenig zufrieden ist (26 Prozent). Der Anteil der sehr zufriedenen Bevölkerung fällt bei durch Feinstaub stark belasteter Luft mit 14 Prozent geringer aus als in weniger stark belasteten Regionen (18 Prozent).

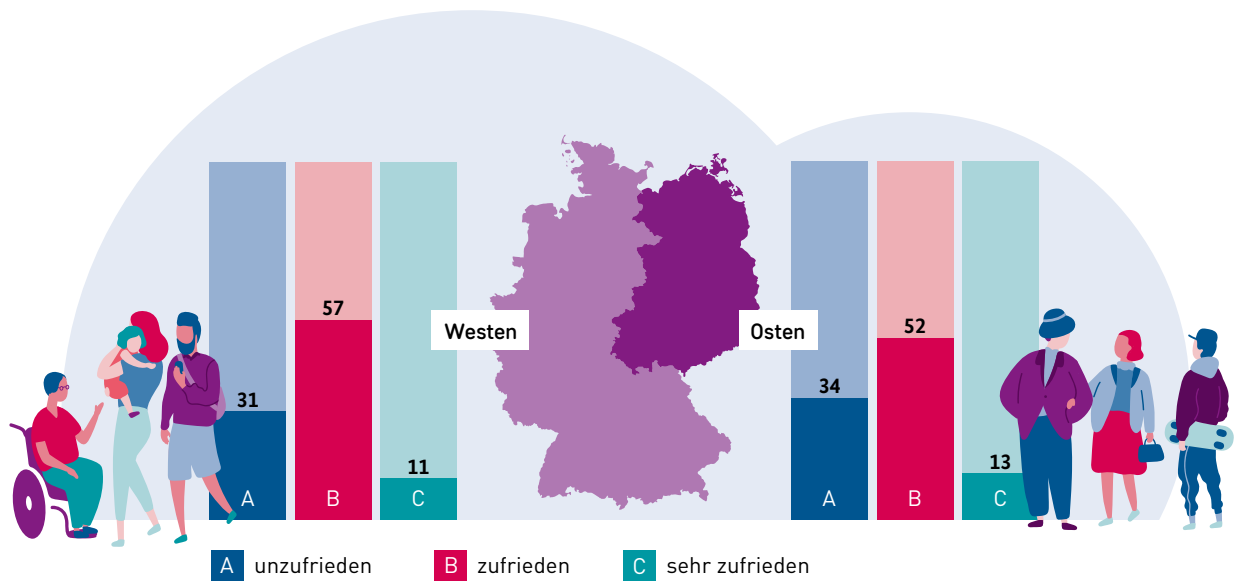
Ansätze zur Steigerung des Wohlbefindens

Die Ergebnisse des BiB.Monitors Wohlbefinden 2024 unterstützen zahlreiche Maßnahmen, die im ersten Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung diskutiert werden und daran ansetzen, regionale Disparitäten auszugleichen. Diese Maßnahmen können ebenso dazu beitragen, den subjektiven Wohlstand in Deutschland insgesamt zu steigern. Die Ergebnisse des BiB.Monitors 2024 unterstreichen etwa die Relevanz der Förderung von strukturschwachen Regionen und der Wirtschaft sowie des Zugangs zu Bildung. So wird in den Ergebnissen deutlich, dass die sozioökonomische Situation einer Gemeinde für das subjektive Wohlbefinden bedeutsam ist.

Ebenso können die im Gleichwertigkeitsbericht herausgestellten Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Mobilität sowie zum Schutz des Klimas und der Umwelt durch die vorliegenden Analysen bestärkt werden. Der BiB.Monitor Wohlbefinden 2024 verdeutlicht, dass eine bessere Luftqualität und mehr Grünflächen mit einem höheren subjektiven Wohlbefinden in Metropolen zusammenhängen.

Die mediale Resonanz zu diesem Monitor war hoch mit rund 60 Nennungen, darunter die 20-Uhr-Tagesschau, einige überregionale Medien, wie die FAZ, Spiegel und Welt sowie viele regionale Medien. Auf besonderes Interesse stießen der Ost-West- sowie der Bundesländervergleich und die Auswertung zur Umweltbelastung.

Abb. 4: Geringes Wohlbefinden in sozioökonomisch benachteiligten Regionen, besonders im Osten



Angaben für die am stärksten sozioökonomisch benachteiligten Regionen in Deutschland, gerundet in Prozent. Befragt wurden Personen zwischen 18 und 49 Jahren.

- ➔ <https://www.bib.bund.de/Publikation/2024/BiB-Monitor-Wohlbefinden-2024-Regionale-Unterschiede-in-der-Lebenszufriedenheit-in-Deutschland.html>
- ➔ <https://www.bib.bund.de/DE/Service/Podcast/2024-10-29-BiB-Podcast-Wohlfuehlorte-Wo-ist-die-Lebenszufriedenheit-am-hoechsten-und-warum.html>



Chancen und Herausforderungen: Mütter mit Zuwanderungsgeschichte

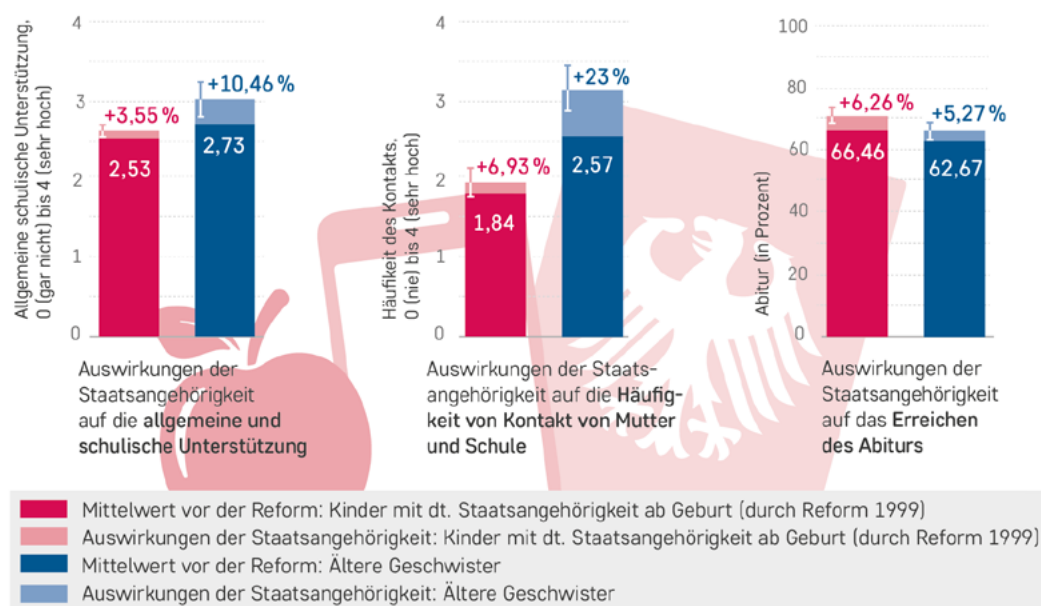
Frauen mit Zuwanderungsgeschichte stellen hierzulande eine bedeutende Gruppe der Bevölkerung dar: Mehr als jede vierte Mutter mit minderjährigen Kindern ist im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert. Ihr Anteil an allen Müttern mit minderjährigen Kindern in Deutschland ist in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Fünftel gestiegen – und wird sehr wahrscheinlich weiter zunehmen. Eine größere Studie des BiB hat die Potenziale dieser Gruppe in den Fokus genommen und die Erwerbs- und Sorgearbeit, die Geschlechternormen sowie die schulischen Unterstützungsleistungen dieser Frauen und Mütter näher untersucht. Die Befunde zeigen, unter welchen Rahmenbedingungen die Integration dieser Frauen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt gelingen kann und wie sich die Unterstützung ihrer Kinder in der Schule verbessern lässt.

Früher deutscher Pass – bessere Bildung

Der erste Studienschwerpunkt beschäftigt sich mit der individuellen Integrationsperspektive von Zugewanderten – und damit, wie zugewanderte Mütter ihre Kinder schulisch unterstützen und was diese Unterstützung für die Kinder bedeutet. Dies wird im Kontext der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 1999 untersucht. Mit der Einführung des sogenannten „Geburtsortprinzips“ konnten Kinder mit

Zuwanderungsgeschichte unter bestimmten Bedingungen nunmehr bereits bei Geburt einen deutschen Pass bekommen. Diese Reform hatte einen deutlichen und positiven Einfluss auf die Integrationsperspektive. Ein Vergleich von Müttern, deren Kinder kurz vor und kurz nach der Reform geboren wurden, belegt die kausale Wirkung der Reform: Mütter mit Zuwanderungsgeschichte, deren Kinder mit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, unterstützen ihre Kinder intensiver in schulischen Belangen als Mütter mit Kindern ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dies führt

Abb. 5: Auswirkungen der Staatsangehörigkeit auf das Erreichen des Abiturs und die schulische Unterstützung der Mütter (Reform 1999)



Quellenangabe: Berechnungen des BiB, Mikrozensus 2010-2020 und NEPS Startkohorte 3 und 4 2010-2016 Die hellroten und hellblauen Linien geben die 90% Konfidenzintervalle an.

langfristig dazu, dass mehr Kinder mit zugewanderten Müttern das Abitur schaffen. Des Weiteren zeigt sich, dass der deutsche Pass nicht nur dem Kind selbst hilft, sondern auch seinen Geschwistern, die dadurch auch häufiger das Abitur machen. Das heißt: Schon die formale Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft macht einen Unterschied für den Bildungserfolg von Kindern aus zugewanderten Familien.

Berufsanerkennung spielt eine Schlüsselrolle

Der zweite Teil der Studie untersucht die Erwerbs- und Sorgearbeit der Mütter mit Zuwanderungsgeschichte. Hier wird am Beispiel einer Gesetzesänderung aus dem Jahr 2012 untersucht, wie sich die Anerkennung von Berufsabschlüssen, die außerhalb der EU erworben wurden, verbesserte. Insgesamt zeigen die Analysen, dass eine zügige und klar geregelte Berufsanerkennung eine Schlüsselrolle beim Abbau von Ungleichheiten spielen kann: Dadurch nimmt die Erwerbsarbeit der Frauen zu und bietet ihnen die Möglichkeit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus der Ausbildung ihrer Herkunftsländer qualifikationsadäquat im deutschen Arbeitsmarkt einzubringen. Das Haushaltseinkommen steigt, und sie leisten einen eigenständigen Beitrag zu ihrer Alterssicherung. Klar ist aber auch: Selbst wenn Reformen dazu beitragen, die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte zu erhöhen, bleibt der Anteil der Sorgearbeit in Partnerschaften für diese Mütter oft unverändert. Das heißt, auch sie sind einer „Doppelbelastung“ ausgesetzt.

Bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsangebote verbessern Integration

In einem dritten Teil befassen sich die Studienautorinnen Dr. Ludovica Gambaro, Lidia Gutu, Dr. Sophia Schmitz, Prof. Dr. C. Katharina Spieß und Elena Ziege mit der Bedeutung der Kitaangebote für die Integration und Erwerbstätigkeit von zugewanderten Frauen. Der Fokus liegt dabei auf Müttern, die nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. Die Analysen zeigen, wie wichtig es ist, diese Mütter nicht nur durch Maßnahmen zu unterstützen, die auf ihre Zuwanderungsgeschichte abzielen, sondern stets auch ihre Herausforderungen mit der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zu berücksichtigen. Ausreichende frühe Bildungs- und Betreuungsangebote außerhalb der Familie sind essenziell für die Integration dieser Mütter und ihrer Kinder.

Bedarfsgerechte Kitaangebote können zum einen die Teilnahme am Arbeitsmarkt erleichtern und damit auch zur Reduktion des Fachkräftemangels beitragen. Zum anderen hilft der soziale Austausch mit anderen Eltern, ihr Leben in Deutschland so zu gestalten, dass sie besser an der deutschen Gesellschaft teilhaben können.

Weiterhin ungenutztes Potenzial

Trotz vieler Fortschritte zeigt die Studie weiterhin ein großes ungenutztes Potenzial bei geflüchteten Müttern. Dies lässt sich am Beispiel der aus der Ukraine geflüchteten Frauen gut belegen. Ihre Erwerbsquoten sind deutlich niedriger als die von Müttern ohne Zuwanderungsgeschichte.

Zusammenfassend zeigt sich für Mütter mit Zuwanderungsgeschichte, dass sie ihre Kinder im Mittel weniger unterstützen, was auch Auswirkung auf deren Bildungserfolg hat. Dies beeinflusst auch langfristig die Chancen ihrer Kinder. Damit die Potenziale von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte und ihrer Kinder besser genutzt werden können, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dies betrifft neben dem Zugang zu Kitas auch die Anerkennung von Berufsabschlüssen und flexible Arbeitszeiten. Diese Maßnahmen helfen nicht nur den Familien selbst, sondern auch dem Arbeitsmarkt: Eine bessere Integration von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte könnte helfen, den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt zu decken, was in einer alternden Gesellschaft wie Deutschland besonders wichtig ist.

„
Der frühere
Zugang zur
deutschen Staats-
angehörigkeit kann
Bildungsungleich-
heiten verringern.“

Das Forschungsprojekt „Mütter mit Zuwanderungsgeschichte – ihre Erwerbs- und Sorgearbeit, Geschlechternormen und schulischen Unterstützungsleistungen“ entstand in Zusammenarbeit mit der Stiftung Ravensburger Verlag und wurde durch diese finanziell gefördert.

<https://doi.org/10.12765/bro-2024-02>



Übersterblichkeit während der Coronapandemie

Während der COVID-19-Pandemie verzeichneten viele europäische Regionen eine Übersterblichkeit. Eine Studie des BiB und des Französischen Instituts für demografische Studien (INED) analysierte erstmals detailliert die räumliche Verteilung der Übersterblichkeit in Europa während 2020 und 2021. Die Ergebnisse zeigen teils erhebliche regionale Unterschiede. Dies hatte zur Folge, dass die Lebenserwartung in besonders betroffenen Gebieten deutlich zurückging.

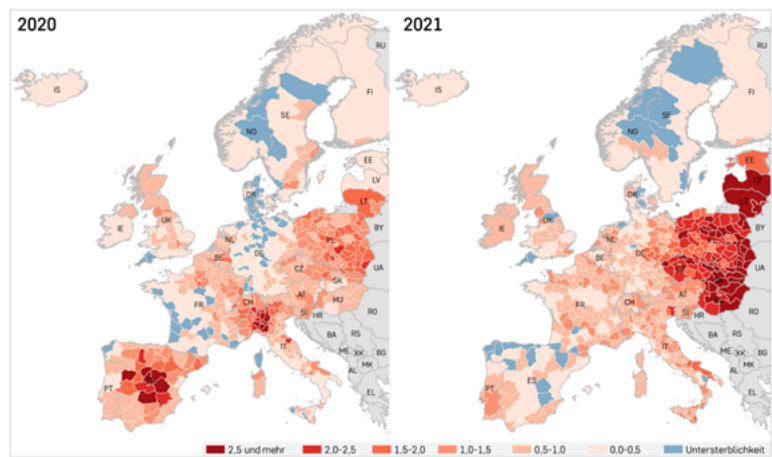
Übersterblichkeit 2020 in Südeuropa

Die Studie, veröffentlicht in *Nature Communications*, basiert auf Daten aus 569 Regionen in 25 Ländern. Um die Übersterblichkeit zu berechnen, verglichen die Forschenden die tatsächliche Lebenserwartung mit prognostizierten Werten ohne Pandemie. Im ersten Pandemiejahr zeigten sich hohe Übersterblichkeitsraten vor allem in Norditalien, der Südschweiz, Zentralspanien und Polen. Spitzenwerte wurden in Regionen wie Bergamo und Cremona gemessen, wo die Lebenserwartung 2020 um mehr als vier Jahre sank. Im Kontrast dazu blieb die Sterblichkeit in Süditalien stabil. Überraschend war, dass in einigen Gebieten Nord- und Westdeutschlands, Dänemarks, Norwegens und Frankreichs sogar eine Untersterblichkeit festgestellt wurde.

Verlagerung der Übersterblichkeit 2021 nach Osteuropa

2021 verschob sich die Übersterblichkeit nach Osteuropa. Regionen in der Slowakei, Litauen, Ungarn und Polen verzeichneten Einbußen bei der Lebenserwartung von mehr als 2,5 Jahren. Insgesamt waren im zweiten Pandemiejahr 440 Regionen von Übersterblichkeit betroffen, verglichen mit 362 im Jahr 2020. Diese Entwicklung betraf Männer stärker als Frauen. In Deutschland zeigte sich ein deutliches Ost-West-Gefälle: Während die Übersterblichkeit in Ostdeutschland bis zu zwei Jahre betrug, lag sie in Westdeutschland meist unter einem Jahr, abgesehen von einigen Regionen in Bayern.

Abb. 6: Übersterblichkeit in europäischen Regionen 2020/2021 (Abweichung der durchschnittlichen Lebenserwartung gegenüber dem erwarteten Wert in Jahren)



Quelle: Berechnungen des BiB basierend auf Daten der Statistikämter der jeweiligen Länder

Stadt-Land-Dynamik und Einflussfaktoren

Die Pandemie traf zunächst stark vernetzte, urbane Gebiete und breitete sich später in ländlichere Regionen aus. Die Unterschiede in der Übersterblichkeit sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen, darunter regionale Altersstrukturen, sozioökonomische Bedingungen und die Verbreitung relevanter Vorerkrankungen. Diese Faktoren beeinflussen die Anfälligkeit der Bevölkerung für schwere Krankheitsverläufe.

Bedeutung für künftige Pandemien

Die Studie betont die Relevanz regionaler Analysen, da nationale Durchschnittswerte oft wichtige Unterschiede verschleiern. Die Erkenntnisse könnten dazu beitragen, Vorsorgemaßnahmen gezielt zu verbessern. „Die regionalen Analysen helfen uns, die Dynamik der Übersterblichkeit besser zu verstehen und künftige Strategien zur Pandemievorsorge zu optimieren“, so Dr. Pavel Grigoriev vom BiB.

➤ Bonnet, Florian; Grigoriev, Pavel; Sauerberg, Markus; Alliger, Ina; Mühlichen, Michael; Camarda, Carlo-Giovanni (2024): Spatial disparities in the mortality burden of the covid-19 pandemic across 569 European regions (2020–2021). *Nature Communications* 15(4246): 1–10.

<https://doi.org/10.1038/s41467-024-48689-0>

Freiwilliges Ehrenamt im Alter

Die demografische Alterung unserer Gesellschaft und die damit verbundenen Diskussionen über die Aktivierung älterer Menschen haben das freiwillige Engagement in den Fokus von Politik und Gesellschaft gerückt. Gerade im Ruhestand kann dieses Ehrenamt eine sinnstiftende Rolle spielen und kommt der Gesellschaft zugute. Doch trotz eines wachsenden Trends im freiwilligen Engagement über die vergangenen drei Jahrzehnte bleibt ein Großteil der Bevölkerung – auch im Alter – inaktiv. Fehlt es an der grundsätzlichen Bereitschaft, oder gibt es Hindernisse, die Interessierte davon abhalten, ihr Engagement tatsächlich umzusetzen?

Mit den ersten beiden Erhebungswellen des Datensatzes „Transitions and Old Age Potential“ (TOP) wurde untersucht, ob ein Teil der Nichtengagierten zum Zeitpunkt der ersten Befragungswelle ein Interesse an ehrenamtlicher Arbeit zeigte und ob dieses Interesse später auch in die Tat umgesetzt wurde. Zudem wurde geprüft, inwiefern eine früher bereits ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit die Wahrscheinlichkeit für ein erneutes Engagement im späteren Leben beeinflusst. Beide Effekte wurden einzeln analysiert und anschließend kombiniert, um Wechselwirkungen analysieren zu können. Die relevante Stichprobe umfasste 1.196 Personen, die zwischen 1943 und 1958 geboren wurden.

Im Jahr 2013 gaben rund zwei Drittel der befragten nicht aktiven Personen an, Interesse an einem freiwilligen Engagement zu haben. Die Analyse zeigt:

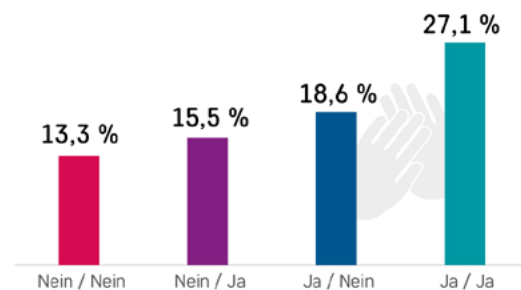
Sowohl frühere ehrenamtliche Tätigkeiten als auch eine erklärte Absicht, sich in Zukunft zu engagieren, erhöhen in der isolierten Betrachtung die Wahrscheinlichkeit für ein späteres Engagement signifikant. Das Interesse an einem Ehrenamt hat

mit einem Anstieg von acht Prozentpunkten einen stärkeren Einfluss als frühere Engagement-erfahrungen, die einen Zuwachs von sechs Prozentpunkten bewirken. Zusammen entfalten die beiden Effekte die größte Wirkung.

Das Interesse an freiwilligem Engagement ist kein Randphänomen, sondern ein zentraler Hebel, um mehr Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu gewinnen – insbesondere in der Lebensphase des mittleren und höheren Alters. Diese interessierte Gruppe sollte daher gezielt angesprochen werden, um ihr Potenzial zu aktivieren und die gesellschaftlichen Vorteile des Engagements weiter auszubauen.



Abb. 7: Wahrscheinlichkeit, sich in 2016 freiwillig zu engagieren, in Prozent (Basis: Befragte, die 2013 nicht engagiert waren)



Lesebeispiel der Abbildung:

„Nein / Nein“ bedeutet kein Interesse an einem künftigen Engagement und kein Engagement in der Vergangenheit. Aus dieser Gruppe gaben 13,3 % an, dass sie im Jahr 2016 (Welle 2) freiwillig engagiert waren. Dagegen gaben 27,1 % unter den Personen an, die sowohl ein Interesse an einem Engagement zeigten als auch in der Vergangenheit aktiv waren („Ja / Ja“), dass sie im Jahr 2016 freiwillig engagiert waren.

Quelle: Transitions and Old Age Potential, Wellen 1 und 2, N = 1.196 (ungewichtete Daten), BiB-Berechnungen.

Frank Micheel

The Significance of Potential Volunteering in Late Adulthood: A Janus-Faced Perspective, in: International Journal of Aging and Human Development

<https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/00914150241235083>

„
Menschen für ein Engagement zu interessieren, ist der Grundstein für eine zukünftige Tätigkeit im Ehrenamt.“

Frank Micheel

Ausgewählte Publikationen

Genoni, Andreas; Stawarz, Nico; Ette, Andreas; Rüger, Heiko
International migration and shifts in subjective well-being: A longitudinal study using German panel data

Migration Studies

<https://doi.org/10.1093/migration/mnae008>



Auf Basis einzigartiger und eigens erhobener Längsschnittdaten international mobiler Deutscher zeigt die Studie, dass Auswandern in den ersten zwei Jahren nach dem Umzug mit einer deutlichen Verbesserung des Wohlbefindens einhergeht. Für Singles fällt der Anstieg am größten aus. Sie sind in der Regel unabhängiger als Menschen in Paarbeziehungen oder mit Familie und haben entsprechend weniger Verpflichtungen und größere Entscheidungsfreiheit.

Décieux, Jean Philippe; Altmann, Tobias
The relationship between migration and the Big Five personality traits: Evidence from probability-based samples

Population, Space and Place

<https://doi.org/10.1002/psp.2782>



Die Studie untersucht, ob Persönlichkeitsmerkmale eine Rolle spielen für internationale Mobilität. Wie die Ergebnisse zeigen, hängt die Wahrscheinlichkeit einer Migration signifikant mit drei Dimensionen der Big-Five-Persönlichkeitsmerkmale zusammen, nämlich Offenheit, Unbekümmertheit und Emotionskontrolle. Zudem beeinflussen das Geschlecht und kulturelle Unterschiede den Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Migration.

Beringer, Samira; Milewski, Nadja
A crisis in the life course? Pregnancy loss impacts fertility desires and intentions

Advances in Life Course Research

<https://doi.org/10.1016/j.alcr.2024.100612>



Welche Folgen haben Fehlgeburten im Lebensverlauf von Frauen? Die Analysen zeigen, dass die Absicht, ein Kind zu bekommen, nach einer Fehlgeburt zunimmt. Dagegen bleibt die ideale oder realistisch erwartete Kinderzahl unverändert. Der Anstieg der Intentionen ist kurz nach dem Verlust am höchsten und nimmt mit der Zeit ab. Die Muster variieren nach Alter und Lebensphase, insbesondere zwischen Müttern und kinderlosen Frauen.



Viele afrikanische Städte wachsen teilweise ohne staatliche Planung. Der Artikel analysiert, ob Straßennetze in ungeplanten Vierteln eine geringere Erreichbarkeit bieten als geplante. Am Beispiel tansanischer Großstädte zeigt sich im Durchschnitt eine geringere Erreichbarkeit und somit eine „Zersiedelung“ ungeplanter Viertel – jedoch nicht in allen Städten.

Bischof, Stephan
Test based measurement of skill mismatch: a validation of five different measurement approaches using the NEPS

Journal for Labour Market Research

<https://doi.org/10.1186/s12651-024-00370-1>

Die Diskrepanz zwischen den Fähigkeiten von Beschäftigten und den Anforderungen im Job ist ein wichtiges Thema in der Arbeitsmarktforschung. Aber wie lassen sich „Skill Mismatches“ am besten messen? Die Studie vergleicht fünf Methoden in den Bereichen Lesen und Mathematik bei Erwerbstätigen zwischen 30 und 65 Jahren. Die besten Ergebnisse liefert der sogenannte „Mixed Approach“, eine Kombination aus objektiven Tests und persönlichen Einschätzungen.



Ludwig-Walz, Helena; Bujard, Martin; Fegert, Jonas; Fegert, Jörg M.
Integrating European contexts and needs into WHO guiding principles on online mental health content for young people

European Child and Adolescent Psychiatry

<https://doi.org/10.1007/s00787-024-02566-9>



Die COVID-19-Pandemie hat die psychischen Probleme von Kindern und Jugendlichen verstärkt und gezeigt, dass es mehr leicht zugängliche Hilfsangebote braucht. Im Artikel werden die Leitprinzipien der WHO für Onlineinhalte zur psychischen Gesundheit um fünf Empfehlungen für Europa ergänzt. Diese Vorschläge berücksichtigen die besonderen kulturellen, technischen und rechtlichen Gegebenheiten. Das Ziel ist, digitale Plattformen sicher, hochwertig und für alle zugänglich zu machen, um die psychische Gesundheit junger Menschen langfristig zu unterstützen.

Kolowa, Tamilwai J.; Daams, Michiel N.; Kuffer, Monika

Do informal settlements contribute to sprawl in Sub-Saharan African cities?

Sustainable Cities and Society

<https://doi.org/10.1016/j.scs.2024.105663>



Passet-Wittig, Jasmin; Lück, Detlev

Drivers of contraceptive non-use among women and men who are not trying to get pregnant

Population Studies

<https://doi.org/10.1080/00324728.2024.2416533>

Die Studie untersucht, warum manche Menschen nicht verhüten, obwohl sie gerade keine Kinder wollen. Analysen mit pairfam-Daten zeigen: Es ist wichtig, wie die Personen zu (weiteren) Kindern stehen und wie sie das Risiko einer Schwangerschaft einschätzen. Sozialer Druck spielt dabei kaum eine Rolle. Wahrgenommene Infertilität oder auch Stillen führen häufiger dazu, dass nicht verhütet wird; es kann zu einer ungeplanten Schwangerschaft kommen, weil das Schwangerschaftsrisiko zwar geringer ist, aber dennoch vorhanden.

Kleinschrot, Leonie:

Consistent egalitarianism or heterogeneous belief patterns? Gender ideologies in contemporary East and West Germany.

Zeitschrift für Soziologie

<https://doi.org/10.1515/zfsoz-2024-2027>



Wie unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland heute noch in ihren gesellschaftlichen Vorstellungen von Geschlechterrollen? Der Artikel verdeutlicht, dass in beiden Regionen egalitäre Einstellungen dominieren, während zugleich geschlechtsspezifische Zuschreibungen, insbesondere im häuslichen Bereich, bestehen. Darüber hinaus vertritt mehr als ein Viertel der Befragten in Westdeutschland traditionelle Geschlechterrollen oder das Konzept der intensivierten Elternschaft.

Wie unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland heute noch in ihren gesellschaftlichen Vorstellungen von Geschlechterrollen? Der Artikel verdeutlicht, dass in beiden Regionen egalitäre Einstellungen dominieren, während zugleich geschlechtsspezifische Zuschreibungen, insbesondere im häuslichen Bereich, bestehen. Darüber hinaus vertritt mehr als ein Viertel der Befragten in Westdeutschland traditionelle Geschlechterrollen oder das Konzept der intensivierten Elternschaft.

Dörflinger, Markus; Loichinger, Elke

Fertility decline, changes in age structure, and the potential for demographic dividends

Demographic Research

<https://doi.org/10.4054/DemRes.2024.50.9>



Die Studie beschäftigt sich mit Unterschieden in der globalen Entwicklung der Altersstruktur. In Ländern des globalen Südens steigt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter langsamer als dies in der Vergangenheit in anderen Regionen der Fall war. Dies hängt mit der Geburtenentwicklung und der demografischen Trägheit des Alterungsprozesses zusammen. Dadurch reduziert sich das Entwicklungspotenzial durch sogenannte „demografische Dividenden“.

Die Studie beschäftigt sich mit Unterschieden in der globalen Entwicklung der Altersstruktur. In Ländern des globalen Südens steigt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter langsamer als dies in der Vergangenheit in anderen Regionen der Fall war. Dies hängt mit der Geburtenentwicklung und der demografischen Trägheit des Alterungsprozesses zusammen. Dadurch reduziert sich das Entwicklungspotenzial durch sogenannte „demografische Dividenden“.

Die Mitarbeitenden des BiB waren an 136 Publikationen beteiligt. Darunter befanden sich 70 Beiträge in referierten und 24 in nichtreferierten Journals. Des Weiteren entstanden 14 Transferpublikationen, 16 Arbeitspapiere und Methodenberichte sowie 13 Sammelbeiträge bzw. Monographien.

Grigoriev, Pavel; Levchuk, Nataliia; Shevchuk, Pavlo; Poniakina, Svitlana; Klüsener, Sebastian

Spatial disparities in cause-specific mortality in Ukraine

Population Studies

<https://doi.org/10.1080/00324728.2024.2371283>



Die Studie liefert die erste umfassende, räumlich detaillierte Analyse der ursachenspezifischen Mortalitätstrends in der Ukraine. In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich das langjährige West-Ost- und West-Süd-Ost-Gefälle der Sterblichkeit deutlich abgeschwächt. Hotspot-Analysen zeigen eine starke Häufung der Sterblichkeit durch Selbstmord, HIV und Lungenkrebs.

Spieß, C. Katharina:

Bildung: Schlüssel für Wachstum und sozialen Aufstieg?

Wirtschaft verstehen, Zukunft gestalten – 150 Jahre Verein für Socialpolitik

<https://www.socialpolitik.de/de/bildung-schluessel-fuer-wachstum-und-sozialen-aufstieg>



Der Beitrag widmet sich dem Thema Bildung aus einer ökonomischen Perspektive und untermauert, dass Bildung aus einer gesamtwirtschaftlichen wie individuellen Perspektive von zentraler Bedeutung ist. Sie beeinflusst u. a. Löhne, Gesundheit, Demokratieverständnis und die Entwicklung der nächsten Generation. Bildungsungleichheiten zeigen sich in vielen Bereichen – im Zugang zu Kitas ebenso wie zu Hochschulen. Gezielte und frühe Bildungsinvestitionen können diese Ungleichheiten effektiv und effizient verringern.

Gambaro, Ludovica; Schäper, Clara; Spieß, C. Katharina

Who Cares? Is Informal Childcare Crowded Out by the Expansion of Formal Daycare Services?

Social Policy & Administration

<https://doi.org/10.1111/spol.13067>

Informelle Kinderbetreuung durch Großeltern, Verwandte oder Freunde ist eine wichtige Unterstützung für Eltern. In familienpolitischen Debatten wird sie aber oft vernachlässigt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Ausbau der formalen Kinderbetreuung in Deutschland nicht zu einem Rückgang der informellen Betreuung führte. Stattdessen kombinieren Familien zunehmend beide Betreuungsformen. Es ist deshalb wichtig, das Zusammenwirken formaler und informeller Kinderbetreuung stärker zu berücksichtigen.



Forschung adressatengerecht vermitteln

Neben Forschung ist der Wissenschaftstransfer eine zentrale Aufgabe des BiB. Angesichts der wachsenden Herausforderungen durch den demografischen Wandel und die Erwartung von Politik und Gesellschaft an die Wissenschaft, evidenzbasierte Antworten auf aktuelle Fragestellungen zu geben, wird die sach- und zielgruppengerechte Vermittlung von Forschungsergebnissen immer wichtiger. Auch aus diesem Grund hat das BiB erstmalig eine eigene Strategie für die Transferkommunikation entwickelt, die den konzeptionellen Rahmen und die grundsätzliche Ausrichtung definiert.

Die BiB-Transferkommunikation möchte Forschende anderer Fachgebiete genauso erreichen wie eine breitere Fachöffentlichkeit – Politik, Verwaltung, Verbände, Medien etc. – sowie Menschen mit einem privaten Interesse an bevölkerungswissenschaftlichen Themen. Inhaltlich wird die gesamte Forschungsarbeit des BiB abgedeckt. Ziel ist es, aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten eine wissenschaftlich fundierte Sachgrundlage zu geben und damit evidenzbasiertes politisches Handeln zu ermöglichen.

Um möglichst viele interessierte Menschen zu erreichen und verschiedene Informationsbedürfnisse zu bedienen, nutzt das BiB unterschiedliche Kanäle und Formate für den Wissenschaftstransfer und entwickelt sie kontinuierlich weiter. Dazu gehören auch verstärkt crossmediale Elemente, etwa der Ausbau von audiovisuellen Formaten (Podcast und Video) und deren Einsatz beispielsweise auf der BiB-Website und diversen Social-Media-Kanälen.

Verjüngungskur für Transferpublikation

Eine der ersten konkreten Weiterentwicklungen im Zuge der neuen Kommunikationsstrategie betraf die Regelpublikation „Bevölkerungsforschung Aktuell“. Die Zeitschrift soll zur zentralen Transferpublikation des BiB ausgebaut werden und hat sich dafür im vergangenen Jahr einer Verjüngungskur unterzogen. Seit September 2024 erscheint sie nicht nur in einem frischen Layout, sondern auch mit einem neuen Namen: „BiB.Aktuell“. Zudem kommt das Heft jetzt zehnmal pro Jahr heraus statt bisher sechsmal.



Geblieden ist der grundsätzliche Anspruch: „BiB.Aktuell“ gibt einen kurzen und verständlichen Einblick in die Forschungsarbeit des Instituts. Im Zentrum der Publikation steht ein in der Regel sechsstufiger Beitrag von Wissenschaftle-

rinnen und Wissenschaftlern des BiB, in dem aktuelle Studienergebnisse für eine fachfremde Leserschaft aufbereitet werden. Ein Steckbrief als neue Rubrik rückt die Forschenden und ihre gesamte wissenschaftliche Arbeit stärker in den Fokus. Dazu gibt es weitere Berichte und Interviews zu aktuellen Forschungen oder Veranstaltungen.

„BiB.Aktuell“ steht auf der BiB-Website zum Download zur Verfügung und kann zudem ganz bequem im E-Mail-Abonnement bezogen werden

Medienresonanz mit neuem Rekord

Ein ebenfalls sehr wichtiges Standbein der Transferkommunikation am BiB ist die klassische Medienarbeit, die das Ziel verfolgt, die Forschungsergebnisse über Medien an eine interessierte Öffentlichkeit zu bringen. So wurde das Institut insgesamt 1.304-mal in den Medien erwähnt, dar-



Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Direktorin des BiB, im Gespräch mit Tagesthemen-Moderator Ingo Zamperoni



Forschungsdirektor Dr. Sebastian Klüsener (re.) beim Science Talk des SWR

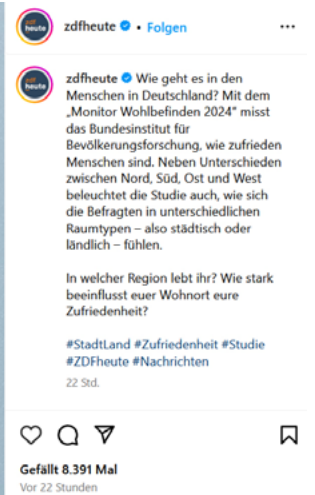
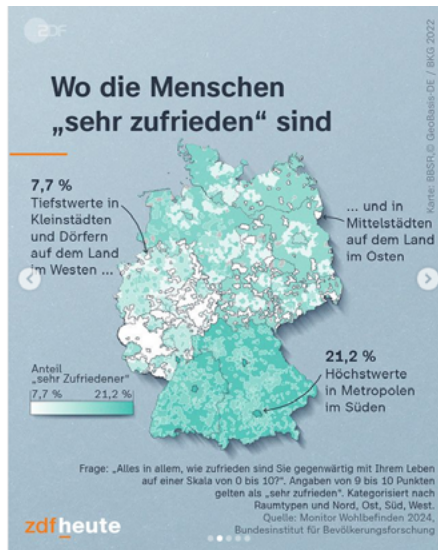
unter 389-mal in Artikeln der Printpresse, 874-mal in Onlinebeiträgen, 21-mal im TV und 20-mal im Hörfunk. Am häufigsten genannt wurde das Institut in Verbindung mit den Themen Elternschaft und Familie, Covid-19-Folgen und Gesundheit sowie Lebenserwartung und Sterblichkeit. Die drei am häufigsten aufgenommenen Pressemeldungen

bezogen sich auf den BiB-Monitor Wohlbefinden, auf den FReDA-Policy Brief zur Einsamkeit und die Meldung zur deutlich gesunkenen Geburtenrate.

- [➔ https://www.bib.bund.de/DE/Publikationen/BiB-Aktuell/BiB-Aktuell.html](https://www.bib.bund.de/DE/Publikationen/BiB-Aktuell/BiB-Aktuell.html)
- [➔ https://www.bib.bund.de/DE/Presse/Presse.html](https://www.bib.bund.de/DE/Presse/Presse.html)

Social Media im Blick

Social Media bieten eine große Chance für die Außenkommunikation eines Forschungsinstituts. Die wachsende Kanalvielfalt ermöglicht es, die eigenen Zielgruppen direkt zu erreichen und mit ihnen in den Austausch zu treten. Allerdings bergen die Zunahme von ungefilterten Informationen, „Fake News“ und emotional geführten Debatten auch Risiken bei der Kommunikation auf den sozialen Medien – und machen es gleichzeitig immer notwendiger, den dort stattfindenden Diskussionen eine faktenbasierte Grundlage zu geben. Aus diesem Grund nimmt das BiB seine Social-Media-Kommunikation zukünftig stärker in den Blick.



Bereits bestehende Kanäle X (ehemals Twitter) und Mastodon werden kritisch überprüft, inwieweit sie das passende Umfeld für die Themen des BiB bieten und ob die entsprechenden Zielgruppen dort erreicht werden. In jedem Fall wird das BiB ab 2025 zusätzlich auf LinkedIn präsent sein, die visuelle Gestaltung der Posts optimieren und sich aktiver als bisher am Austausch mit anderen Nutzerinnen und Nutzern beteiligen.

- [in @bib-bund](#)
- [m @bib_bund @wisskomm.social](#)
- [X @bib_bund](#)
- [yt @bib_bund](#)



Staatssekretärin Juliane Seifert, Prof. Dr. C. Katharina Spieß (Direktorin des BiB), Jörn Thießen (Abteilungsleiter H im BMI) mit Mitarbeitenden des BiB

Kurzberichte aus dem BiB

Staatssekretärin Seifert am BiB

Am 13. Februar besuchte Frau Staatssekretärin Juliane Seifert das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), begleitet von Herrn Jörn Thießen, Abteilungsleiter H, und Frau Petra Zerbst (H113). Bestandteil des Besuchs war zunächst ein intensiver Austausch mit der Institutsleitung, daran schloss sich ein Rundgang durch das Institut an, bei dem ausgewählte Forschungsthemen und Projekte präsentiert wurden. Dazu zählten unter anderem das Demografieportal im Bereich Kommunikation, die Kita-GAP-Studie im Forschungsbereich Bildung und Humanvermögen, das Projekt FReDA zur Familienforschung, Untersuchungen zu regionalen Todesursachen und Lebenserwartung im EU-Kontext sowie die Ukraine-Studie. In der abschließenden Diskussion wurden zukunftsweisende Ansätze und aktuelle Herausforderungen der demografischen Forschung erörtert.

C. Katharina Spieß in zwei Expertengremien berufen

Eine ehrenvolle Berufung erhielt Prof. Dr. C. Katharina Spieß mit der Aufnahme in das Expert Advisory Board des OECD CreteCentre on Population Dynamics & Economic Prosperity. Das Gremium besteht aus Fachleuten von Universitäten, Stiftungen, Denkfabriken und anderen Institutionen, die große Erfahrung in globalen Angelegenheiten haben und die Ziele des Zentrums unterstützen.



Zusammen beraten sie zu den geplanten Themen des Zentrums und bringen frische Perspektiven in die Entwicklung des Arbeitsprogramms ein. Alle Mitglieder des Expertenbeirats wurden vom OECD-Generalsekretär in Absprache mit dem griechischen Premierminister und dem Beratergremium ausgewählt.

Des Weiteren wurde Prof. Dr. C. Katharina Spieß als ständiger Gast in den Expertinnenrat „Gesundheit und Resilienz“ berufen. Dieser ist das Nachfolgegremium des Corona-ExpertInnenrats und wurde vom Bundeskanzleramt eingerichtet, um besser auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet zu sein. Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Mitglieder am 18. März 2024 zur ersten Sitzung im Kanzleramt begrüßt. Das Gremium untersucht, wie das Gesundheitswesen und die Gesellschaft künftigen Gesundheitskrisen am besten begegnen können. Dabei konzentriert sich der Rat auf wichtige Zukunftsfragen, die bisher kaum oder gar nicht behandelt wurden. Außerdem kann er die Bundesregierung bei aktuellen Fragen zur öffentlichen Gesundheit kurzfristig beraten.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/expertinnenrat-gesundheit-und-resilienz>

BMI-Kommunaltagung: Gemeinsam gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Im November lud das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) Vertreterinnen und Vertreter aus den Kommunen zu einem fachlichen Austausch ein. Dabei ging es um Themen zur kommunalen Daseinsvorsorge, der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Stärkung der Resilienz der öffentlichen Verwaltung. Auf der zweitägigen Tagung „Gleichwertig resilient, gemeinsam“, die in Magdeburg stattfand, wurde an den aktuellen Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung und die vom BMI gegründete Allianz für Kommunen angeknüpft. An diesem Austausch zwischen Bund und Kommunen war das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) mit einem Informationsstand zur demografischen Entwicklung beteiligt. Dem Institut obliegt die redaktionelle Leitung des Demografieportals des Bundes und der Länder, auf dem auch zahlreiche best-practise-Beispiele aus den Ländern und den Kommunen vorgestellt werden.



Bundesinnenministerin Nancy Faeser im Gespräch mit einem Mitarbeiter am Informationsstand des BiB

Auszeichnungen bei DGD-Jahrestagung

Auf der DGD-Jahrestagung wurden zwei BiB-Forscher ausgezeichnet: **Dr. Michael Mühlichen** erhielt den Best Paper Award 2024 für seine Studie

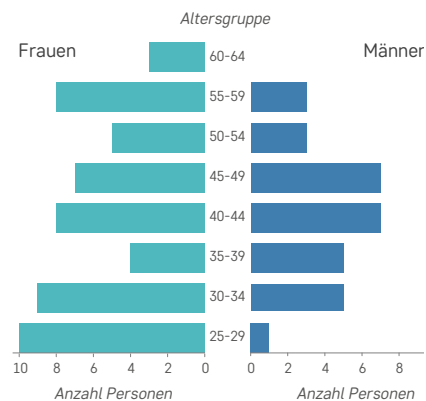
zu vermeidbaren Todesfällen in deutschsprachigen Regionen. Die Arbeit zeigt deutliche regionale Unterschiede in der vermeidbaren Sterblichkeit und fordert bessere Prävention und Versorgung, vor allem in Ostdeutschland. **Elias Hofmann** wurde für seine Masterarbeit zu den ökonomischen Effekten von Binnenmigration geehrt. Er beschreibt, dass Frauen in Partnerschaften weniger von Einkommengewinnen durch Umzüge profitieren als Männer, was die Einkommensverteilung innerhalb von Haushalten beeinflussen kann.

Personalia

Zum Ende des Jahres 2024 arbeiteten im BiB 85 Personen (ohne wissenschaftliche Hilfskräfte). Folgende Kolleginnen und Kollegen wurden im Berichtszeitraum neu eingestellt: **Leonie Schraub**, **Elizabeth Mohr** (beide am 15.1.), **Dr. Stephan Bischof** (15.2.), **Karelis Olivo-Rumpf** (21.5.), **Anna Daelen** (15.8.), **Dr. Anna Reuter** (1.9.), **Ellen Jahr** (1.10.) und **Dr. Pauline Kleinschlömer** (15.10.). Im gleichen Zeitraum sind mit Dr. Elke Loichinger, Dr. Inga Laß, Mara Barschkett, Dr. Markus Sauerberg, Almut Schumann und Laura Cilek insgesamt sechs Personen ausgeschieden.

Dr. Jean P. Décieux hat für ein Jahr eine Vertretungsprofessur am Lehrstuhl Methoden der empirischen Sozialforschung im Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn übernommen. An der Goethe-Universität Frankfurt vertrat **Nils Witte, PhD**, für ein Jahr die Professur für Soziologie, insbesondere Sozialstruktur und Sozialpolitik. An der Universität Bamberg hat **Carmen Friedrich** im November 2024 ihre kumulative Dissertation abgeschlossen.

Abb. 8: Altersaufbau der Mitarbeitenden des BiB



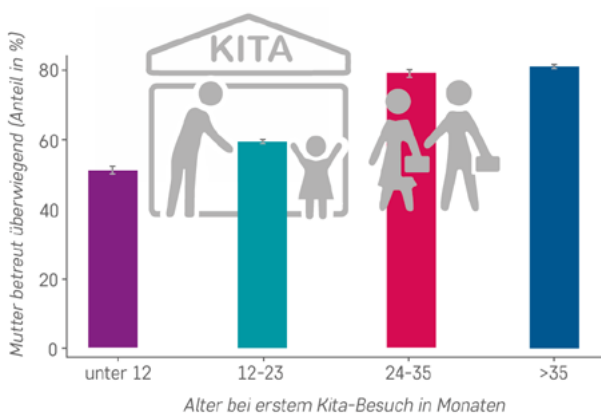
Datenquelle: Angabe der Verwaltung des BiB

Vernetzung

Erste Veröffentlichungen im DFG-Projekt mit der Universität Oldenburg

In einem von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) geförderten Projekt der Forschungsgruppe Bildung und Humanvermögen wird untersucht, wie lokale Arbeitsmärkte sowie die Arbeitsbedingungen von Müttern Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kinder nehmen. An dem Projekt sind auch Soziologinnen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg beteiligt. Erste vorläufige Ergebnisse zeigen, dass die Arbeitsplatzmerkmale von Müttern relevant für deren Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes sind. Allerdings ist kein Effekt auf die kognitive oder sozioemotionale Entwicklung der Kinder festzustellen.

Abb. 9: Aufteilung der Kinderbetreuung nach Alter des Kindes beim ersten Kita-Besuch



Quelle: DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) (52.302 Kinder zwischen 12 und 35 Monaten, Jahrgang 2011-2019), eigene Darstellung

➔ <https://www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2024/2024-06-06-Bevoelkerungsforschung-Aktuell-Beguenstigt-eine-spaetere-Mutterschaft-die-kindliche-Entwicklung.html>

Mit dem Fokus auf frühe Lernumwelten der Kinder wurde in einer weiteren Studie im Rahmen des DFG-Projektes untersucht, wie sich der Ausbau der außerhäuslichen Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige

auf die Aufteilung der Sorgearbeit auswirkt. Die erhöhte Verfügbarkeit führt dazu, dass Kinder früher in die Kita gehen, Mütter ihre Erwerbstätigkeit steigern und mehr Väter Elternzeit nehmen. Dennoch ersetzt die Kitabetreuung vor allem die Betreuung durch die Mutter; ein signifikanter Effekt auf die väterliche Beteiligung lässt sich dabei nicht feststellen.

Die DFG fördert das Projekt mit insgesamt 414.000 Euro. Mit dieser Summe werden zwei Stellen für Doktorandinnen und zwei hilfswissenschaftliche Kräfte finanziert. Des Weiteren ermöglicht es die Reisen zu Konferenzen sowie die Ausrichtung eines internationalen Workshops für drei Jahre.

Forschungskooperation mit dem INED-Institut

Während der European Population Conference (EPC) in Edinburgh wurde der Startschuss für ein neues Kooperationsabkommen zwischen dem BiB und dem französischen „Institut national d'études démographiques“ (INED) gegeben. Prof. Dr. François Clanché (INED) und Prof. Dr. Martin Bujard (BiB) unterzeichneten eine Vereinbarung. Ziel der Partnerschaft ist die Stärkung der demografischen Forschung in Frankreich, Deutschland und Europa. Geplant sind gemeinsame Forschungsprojekte, Lehraktivitäten, der Ausbau von Dateninfrastrukturen, Wissenschaftskommunikation sowie Gastaufenthalte für Promovierende.

Sabine Düval als Gastwissenschaftlerin am BiB

Seit Dezember 2023 ist Frau Dr. Sabine Düval als Gastwissenschaftlerin am BiB tätig. Im Rahmen einer Kooperation zwischen dem BiB und dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), die auch eine gemeinsame Finanzierung ihrer Tätigkeit umfasst, arbeitet sie an der Verwirklichung von WODY (Well-being in the Ongoing Digital Age: The German Child and Youth Panel), dem geplanten deutschen Zweig der europaweiten Panelstudie Growing Up in Digital Europe (GUIDE), mit. Die Studie verfolgt das Ziel, die Entwicklung des Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen in einer digitalen

Welt zu untersuchen. Auf Seiten des BiB sind Prof. Dr. C. Katharina Spieß und Dr. Mathias Huebener aktiv in das Projekt eingebunden.

Starke Beteiligung an der EPC 2024 in Edinburgh

Das BiB nahm mit über 20 Forschenden an der diesjährigen European Population Conference (EPC) teil und präsentierte aktuelle Forschungsergebnisse in Vorträgen und Postern. Dabei deckten die Beiträge ein breites Spektrum bevölkerungswissenschaftlicher Themen ab, darunter Alterung, Mortalität, Fertilität, Familienforschung, Migration und Bildung. Das Institut zeigte sich aber nicht nur durch seine wissenschaftlichen Beiträge präsent: Mit drei Informationsständen war es prominent vertreten. Neben der Präsentation des Instituts warb „FReDA – Das familiendemografische Panel“ für sein umfangreiches Datenangebot, während die wissenschaftliche



Das Ausstellungsteam während der EPC in Edinburgh

Zeitschrift Comparative Population Studies (CPoS) ihre aktuellen Publikationen vorstellte und den Kontakt zu neuen Autorinnen und Autoren suchte.

ESA in Porto: BiB organisiert großen Research Stream

Unter dem Titel „Tension, Trust, and Transformation“ fand vom 27. bis 30. August 2024 die Konferenz der European Sociological Association (ESA) in Porto statt. Insgesamt nahmen rund 4.000 Forscherinnen und Forscher teil – auch das BiB war mit zahlreichen Mitarbeitenden auf der Konferenz vertreten.



Teilnehmende des BiB an der ESA in Porto

PD Dr. Heiko Rüger vom BiB organisierte gemeinsam mit Prof. Dr. Knut Petzold (Hochschule Zittau/Görlitz) und Dr. Gil Viry (University of Edinburgh) einen Research Stream zum Thema „Soziologie räumlicher Mobilität“. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe, die nach 2019 und 2021 zum dritten Mal in Folge erfolgreich durchgeführt wurde, fanden elf Sessions mit insgesamt 43 Vorträgen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus über zehn Ländern statt. Die Vorträge einer Session, die sich mit dem Zusammenhang von räumlicher Mobilität und subjektivem Wohlbefinden beschäftigte, stammten alle aus dem von der DFG geförderten Forschungsprojekt „Einfluss von räumlicher Mobilität auf die Lebensqualität“, das von Dr. Nico Stawarz vom BiB gemeinsam mit Dr. Nicolai Netz (DZHW) geleitet wird.

Jahrestagung der PAA in Columbus

Vier Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertraten das Institut auf der Jahrestagung der Population Association of America (PAA) in Columbus, Ohio. Sie präsentierten zusammen drei Poster, hielten zwei Vorträge und übernahmen eine Sitzungsleitung. Schwerpunkte der Vorträge und Poster waren u. a. die zeitliche Entwicklung der „Deaths of Despair“ – also Sterbefälle durch suchtbedingte Leberkrankheiten oder durch Überdosen von Alkohol oder Drogen – in Deutschland und Europa vor und während der Covid-19-Pandemie (Dr. Ronny Westerman). Tamilwai Kolowa stellte seine Forschungsarbeiten zur besseren räumlichen Darstellung der

Suburbanität in Deutschland vor. Außerdem wurden die potenziellen Folgen einer früheren Menarche auf die Reproduktivität von Frauen in Afrika (Dr. Andreas Backhaus) und die positiven Auswirkungen einer verbesserten Kinderbetreuung auf die Erwerbsbeteiligung, das Wohlbefinden und die Integration von Flüchtlingen (Dr. Ludovica Gambaro) präsentiert.



Sie vertraten das BiB bei der PAA in Columbus

Bildungspolitisches Forum 2024


Das BiB war als Mitglied des Leibniz-Forschungsnetzwerks Bildungspotenziale (LERN) Mitausrichter des Bildungspolitischen Forums 2024 zum Thema „Fachkräftemangel in der Bildung: Chancen und



Perspektiven“. Das Format wurde gemeinsam mit dem Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPP) sowie dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) gestaltet. Prof. Dr. C. Katharina Spieß referierte in einem Einstiegs-vortrag zum Fachkräftemangel im Bildungsbereich, wobei ihre besondere Perspektive dem demografischen Wandel galt. Darüber hinaus lag die inhaltliche und organisatorische Verantwortung eines der vier Austauschforen beim BiB, welches der „Frühen Bildung“ gewidmet wurde. Die Veranstaltung war ein gelungenes Format, um das Thema aus den verschiedenen Blickwinkeln von Wissenschaft, Politik und Praxis zu diskutieren.



 @bib_bund

 @bib_bund
@wisskomm.social

 @bib_bund

 @bib_bund